



Kiek mal in

SPD Hanstedt
www.spd-hanstedt.de
Ausgabe 2 Juni 2011



„Was wird aus unseren Schulen?

Experten-Diskussion mit Silva Seeler, MdL

Die SPD Hanstedt hatte am 10. Mai zu einer Informationsveranstaltung über die Zukunft unserer Schulen in den „Alten Geidenhof“ eingeladen.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und Bildungsexperte, erörterten Silva Seeler (SPD-Landtagsabgeordnete), Hans-Peter Langreen (stellv. Schulleiter der Haupt- und Realschule Hanstedt), Pascal Zimmer (Landeselterntat), Lars Heuer (Vater eines Schülers in Hanstedt) und Olaf Muus (Samtgemeindebürgermeisterkandidat) die Schulsituation im Landkreis und speziell die Zukunft auch des Schulstandortes Hanstedt.

Die Schullandschaft ist in Bewegung geraten – allerdings teilweise in eine zweifelhafte Richtung. Dass die von der CDU/FDP-Regierung eiligst verabschiedete Oberschule nicht der Weisheit letzter Schluss ist, wurde in der Veranstaltung deutlich. Ob sie die Erwartungen der Eltern erfüllen kann, ist zweifelhaft. Zu befürchten ist, dass die

nächste Schulreform nicht lange auf sich warten lassen könnte. Warum also sperrt sich die Landesregierung gegen das von der SPD geforderte „Erfolgsmodell Integrierte Gesamtschule“?

Die Elternbefragung im Landkreis zumindest zeigt ein uneinheitliches Bild in den einzelnen Landkreisteilen und Unsicherheit unter den Eltern. Daher mag zunächst einmal ein wenig trösten, dass aus der möglichen Entscheidung für eine Oberschule in



Auf dem Podium (v.l.): Lars Heuer, Hans-Peter Langreen, Silva Seeler, Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, Pascal Zimmer, Olaf Muus.

Jesteburg keine unmittelbare Gefahr für den Schulstandort Hanstedt befürchtet wird.

Manfred Lohr

Olaf Muus: zahlreiche Ansatzpunkte für die Zukunft der Samtgemeinde Hanstedt

Der erfahrene Verwaltungsfachmann will in seiner alten Heimat viel bewegen



Zur Person

Olaf Muus wurde 1966 in Stelle geboren, ist in Quarrendorf und Asendorf aufgewachsen und besuchte in Asendorf und Hanstedt die Schule. Der Diplom-Verwaltungswirt ist verheiratet, hat drei Kinder und leitet seit 2000 bei der Stadt Buchholz den Fachbereich Allgemeiner Bürgerservice mit den Bereichen Jugend und Soziales, Bürgerbüro, Stadtbücherei, Schule, Kultur und Sport sowie Kindergartenverwaltung und Familienbüro.

Kiek mal in: Herr Muus, was hat Sie als Leiter des Bürgerservice der Stadt Buchholz bewogen, sich als hauptamtlicher Bürgermeister der Samtgemeinde Hanstedt zu bewerben?

Olaf Muus: Ich habe in Buchholz meine beruflichen Möglichkeiten erreicht. Als ich angesprochen wurde, für die Position des hauptamtlichen Bürgermeisters zu kandidieren und auf breite Zustimmung bei den Parteien und der Wählergemeinschaft gestoßen bin, habe ich die Gelegenheit ergriffen, mit 45 Jahren noch einmal eine Aufgabe anzugehen, bei der ich als Chef noch mehr gestalten kann...

Fortsetzung Seite 4

Wir im Landkreis Harburg...

Energiewende im Landkreis Harburg

Wir werden die Energiewende im Landkreis Harburg umsetzen; dazu hat die SPD-Kreisfraktion folgenden Antrag formuliert: „Für das Kreisgebiet erstellt der Landkreis Harburg ein Energiekonzept.“ Die Begründung dazu lautet: Der Landkreis Harburg muss sich auf die von allen Bundestagsparteien geforderte Energiewende einstellen.

Die Zukunft gehört der Dezentralen Energieerzeugung. Die Energieeffizienz ist zu erhöhen und der Energieverbrauch zu reduzieren, ohne die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verschlechtern. Energie muss für alle bezahlbar bleiben.

Diese Ziele sind nur im Konsens mit allen Bürgerinnen und Bürger, den Gemeinden, Samtgemeinden, den Energieversorgern vor Ort, den Naturschutzverbänden, der IHK und der Handwerkskammer zu erreichen. Alle hier Angesprochenen sind bei der Aufstellung des Energiekonzeptes zu beteiligen. Diese Sichtweise der SPD-Kreisfraktion wird durch „unser“ Kreiswahlprogramm gestärkt. Im Kapitel VII werden Vorhaben für die nächsten Jahre aufgelistet - hier eine Auswahl: Ökostrom für alle landkreiseigenen Anlagen. Bereitstellen von Flächen für die Nutzung der Sonnenenergie. Gründung eines Kompetenzzentrums Erneuerbare Energien. Fachforen, z.B. zur energetischen Sanierung privat und gewerblich genutzter Gebäude.

Noch einmal die Grundaussage:
Die SPD wird die Energiewende im
Landkreis Harburg umsetzen.



Reinhard
Riepshoff

Zukunftsprogramm einstimmig beschlossen

Die SPD im Landkreis Harburg hat am 7. Mai in der Winsener Stadthalle einstimmig ihr „Zukunftsprogramm Landkreis Harburg“ beschlossen. Gleichzeitig wurde auf dem ordentlichen Unterbezirksparteitag ein neuer Unterbezirksvorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt.

In drei öffentlichen Werkstattgesprächen war das Kreiswahlprogramm unter Einbeziehung namhafter Expertinnen und Experten erarbeitet worden. Seine zentrale Themen sind Bildung für alle, ein Netzwerk für unsere Kinder und Jugend, Arbeit und Wirtschaft, zukunftsweisende Regionalplanung, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Wohnen und Leben im Alter, Umwelt- und Naturschutz, die Förderung der Erneuerbaren Energien, nachhaltige Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Mobilität für alle, nachhaltige Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie solide Finanzen. Den Ortsvereinen wurde Gelegenheit gegeben, das Programm in ihren Reihen zu diskutieren und Änderungs-/Ergänzungswünsche einzubringen. Schwerpunkte auch der Diskussion auf dem Unterbezirksparteitag waren die Forderung nach Gesamtschulen, die verstärkte Förderung

von Erneuerbaren Energien und die Stilllegung des Atomkraftwerks Krümmel ebenso wie die Kritik an der Verpressung von Kohlendioxid in unterirdische Gesteinsschichten. Große Sorge bereitet der Kreis-SPD die Begehrlichkeit Hamburgs beim Abzapfen von Heidewasser.

Intensiv diskutiert wurde das Thema „Elbvertiefung“, das einerseits die Arbeitsplätze auch im Hamburger Umland berührt, andererseits aber unter dem Gesichtspunkt des Deichschutzes steht. Letztendlich sprach sich der Parteitag gegen die Elbvertiefung aus.



Für die nächsten zwei Jahre wurde ein neuer Unterbezirksvorstand gewählt, der vom bisherigen Vorsitzenden Klaus-Dieter Feindt geführt wird.

Freizügigkeit – Fluch oder Segen?

In Deutschland wird das Für und Wider der Arbeitnehmerfreizügigkeit heftig diskutiert. Seit dem 1. Mai 2011 gilt auch in Deutschland sowie in den acht Ländern, die 2004 der EU beigetreten sind, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Viele Unternehmen begrüßen den möglichen Zuzug gut ausgebildeter und qualifizierter Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften befürchten Lohndumping, ein aufweichendes Lohn- und Gehaltsgefüge und die Ausbeutung von unbefristeten Arbeitsverträgen.

Bereits lange vor diesem Stichtag standen deutsche Leiharbeitsfirmen im Verdacht, hinter der Grenze Tochterfirmen ins Leben zu rufen, um beim Start in die Freizügigkeit mit

Heerscharen billiger ausländischer Arbeitskräfte den deutschen Arbeitsmarkt zu überschwemmen. Im derzeitigen Aufschwung ist der Ruf nach qualifizierten Arbeitskräften besonders laut – mit dem Hinweis, dass der Aufschwung ansonsten gefährdet sei. Doch was ist die Kehrseite der Medaille?

Die Gefahr sinkender Arbeitslöhne hierzulande ist nicht von der Hand zu weisen. Dem können wir nur entgegentreten, wenn wir für alle Branchen Mindestlöhne festlegen. Mindestlöhne verhindern das sogenannte „Aufstocken“ – das Auffüllen der Löhne durch „Hartz IV“, also durch Steuern, die ja wiederum von Unternehmen und Beschäftigten zu zahlen



Hans-Joachim Hinsch

weniger für die Bürgerinnen und Bürger tun können. Werden ausländische Arbeitskräfte über Leiharbeitsfirmen bei uns tätig, wird dies tendenziell auch die Bereitschaft der Unternehmen verringern, unbefristete Festanstellungen zu vergeben. Festanstellungen

sind. Ein gutes Lohn- und Gehaltsniveau ist aber wichtig für Konsumausgaben und damit für die Belebung der Wirtschaft. Mehrausgaben bei „Hartz IV“ durch „Aufstocken“ heißt auch, dass unsere Kommunen in noch mehr finanzielle Engpässe

geraten und noch

ohne Vertragsbefristung sind aber wichtig für die Lebensplanung der Menschen, denn ohne Lebensplanung dürfen wir uns nicht über eine schwindende Bevölkerung wundern. Welche Konsequenzen hätte das Lohndumping für unsere Region? Die Aufträge für unsere Gewerbetreibenden blieben aus, die Arbeitsplätze würden wegrationalisiert, die Arbeitslosenquote könnte anschwellen – ist dann die logische Konsequenz, auf mehr Freizügigkeit in der Europäischen Union zu verzichten? Nein – aber wir müssen die Stellschrauben richtig justieren, die Bedingungen zum Beispiel durch die Einführung von Mindestlöhnen vergleichbar machen und darauf achten, dass unser ausgewogenes System nicht kollabiert.

Nur ein sozial ausgewogenes Europa wird von den Menschen akzeptiert werden. Und nur so kann Europa funktionieren.

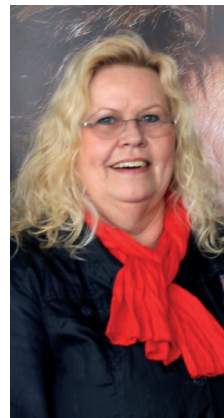
Familienförderung umstrukturieren

Ende April 2011 erschien eine viel beachtete Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in der Aspekte der internationalen Familienpolitik verglichen werden.

Die OECD-Studie „Doing Better for Families“ hat wiederholt deutlich gemacht, dass in Deutschland die Kinder- und Familienförderung zu kurz kommt. Wir geben aber nicht zu wenig Geld aus, sondern setzen es an den falschen Stellen ein! Darunter leiden vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien, viele auch mit Migrationshintergrund.

Obwohl wir mehr Geld als die meisten anderen OECD-Länder in die öffentlichen Ausgaben für Familien und Kinder investieren, hängt unser Land im Vergleich aller 34 OECD-Staaten bei den Geburtenraten und bei der Versorgungsstruktur von Kindertagesstätten und Schulen seit mehr als 30 Jahren hinterher. Bei der Geburtenrate belegen die Deutschen mit den Japanern den viertletzten Platz. Frankreich, Großbritannien oder die skandinavischen Länder geben im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft deutlich mehr für Schule, Kindergärten oder Geldleistungen aus. Das Ergebnis: Sie gehören zu den geburtenstarken Ländern in der OECD und haben ein deutlich besseres Bildungsniveau. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss endlich handeln und grundlegende Korrekturen bei der staatlichen Kinder- und Familienförderung vornehmen, um den Rückstand aufzuholen! Die Einführung des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ für Kinder von Hartz IV- und Wohngeld-Empfängern ist der falsche Weg. Anstatt Strukturen zu fördern,

wird mehr Geld in Bürokratie gesteckt als bei den Kindern und Familien ankommt. Es ist an der Zeit, verstärkt in die frühe Kindheit zu investieren. Ein entscheidender Schritt ist der Rechtsanspruch auf Förderung von Kindern ab dem ersten vollendeten Lebensjahr in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege ab 2013. Wir brauchen längere Öffnungszeiten in Krippen und Kindergärten, einen besseren Betreuungsschlüssel und mehr Sprachförderung. Außerdem muss die Bundesregierung weitere Anstrengungen unternehmen, um den von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Ausbau der Kita-Plätze sicherzustellen. Auch die außerschulische Betreuung muss ausgebaut werden. In Deutschland nehmen nur etwa zehn Prozent aller Grundschüler an Pädagogischen Mittagstischen und anderen Formen der Schülerbetreuung teil. Nachhilfeunterricht muss kostenlos an Schulen angeboten werden, so wie es jetzt beispielsweise in unserem Nachbarland Hamburg eingeführt wird.



Angelika Tumuschat-Bruhn

Was wird aus unseren Landkreisschulen?

Einiges ist in Bewegung geraten in der Schulentwicklung unseres Landkreises. Gegen jahrzehntelange Widerstände haben Elterninitiativen maßgeblich dazu beigetragen, in Buchholz und Winsen den Weg für die Einführung von Integrierten Gesamtschulen (IGS) endlich frei zu machen. Jede dieser Schulen wird fünf Parallelklassen führen, so dass jedes Jahr an jeder Schule 150 Kinder aufgenommen werden können. Das Interesse der Eltern daran ist riesig. Es werden doppelt so viele Anmeldungen erwartet wie Plätze zur Verfügung stehen. Die Kreistagsmehrheit aus CDU und FDP hat jahrzehntelang am Elternwillen vorbeiregiert und Gesamtschulen verhindert. Es ist zu hoffen, dass sie dafür am 11. September zur Kommunalwahl die Quittung bekommen. Auch in der Elbmarsch hat eine starke Elterninitiative erreicht, dass die Marschachter Haupt- und Realschule sehr wahrscheinlich unter dem Dach der neuen „Oberschule“ ein gymnasiales Angebot unterbringen kann und damit für einen Teil der Kinder kürzere Schulwege entstehen. Ähnliches gilt für die Samtgemeinde Jesteburg, wo eine hochaktive Elterninitiative die Entstehung einer „Oberschule“ (als zusammengefasste Haupt- und Realschule mit gymnasialem Zweig) fordert und begleitet. Ob diese neue Schulform außer der kommunalpolitisch interessanten Sicherung oder dem Ausbau eines Schulstandortes sonst noch pädagogischen Nutzen stiftet, muss sich erst noch erweisen. Bleibt das Interesse der Eltern an Integrierten Gesamtschulen so hoch wie jetzt, muss auf jeden Fall über die Gründung weiterer Gesamtschulen intensiv diskutiert werden. Auch hier könnten Elterninitiativen den politischen Entscheidungsprozess sehr positiv beeinflussen.

Also, liebe Eltern, organisiert Euch!

Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens





Fortsetzung von Seite 1

Kiek mal in: ... und warum Hanstedt?

Olaf Muus: Ich bin in Stelle geboren, in Quarrendorf und Asendorf aufgewachsen - wo Freunde und meine Eltern immer noch leben; außerdem spiele ich noch in Hanstedt Tischtennis. Ich gehe also dorthin, wo ich herkomme und wo ich mich auskenne.

Kiek mal in: Was liegt Ihnen in der Samtgemeinde Hanstedt am Herzen?

Olaf Muus: Zum Beispiel der Klima- und Ressourcenschutz, etwa der sparsame Umgang mit Flächen. Samtgemeinde und Gemeinden sollten eine zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung gemeinsam betreiben, z.B. durch ein Flächenmanagement der öffentlichen Hand oder durch Erhaltung der Ortskerne und Entwicklung von Ideen insbesondere für die großen Höfe, um die Identität der Ortschaften nicht zu verlieren. Und natürlich gehören die Fördermengen unseres Heidewassers reduziert. Hamburg darf keinen Handel mit unserem Wasser treiben!

Kiek mal in: Worauf werden Sie noch Ihr Augenmerk lenken?

Olaf Muus: Der Bereich Familie, Jugend und Senioren verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir liegen im Wettbewerb mit anderen Kommunen um junge Familien und müssen daher ein stimmiges Gesamtpaket an Krippen, Kindergärten, Schulen, Schulformen und nachschulischer Betreuung bieten. Die Grundschulstandorte und Hanstedt als weiterführender Schulstandort müssen erhalten bleiben. Und für die Jugendlichen sollten wir ein Forum schaffen, wo sie ihre Interessen einbringen können – zum Beispiel in Form einer Jugendkonferenz oder in einzelnen Projekten.

Kiek mal in: Und die Senioren?

Olaf Muus: Die älteren Menschen sollten in ihren Orten wohnen bleiben können, solange sie das wünschen. Dazu gehören geeignete

Wohnformen in den Ortschaften, eine gute verkehrliche Anbindung – zum Beispiel ein „Bürgerbus“ – und natürlich auch eine ausreichende Ärzteversorgung sowie die Sicherstellung der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Kiek mal in: Wie steht es mit der Wirtschaft?

Olaf Muus: Unternehmen, Arbeitsplätze und Ausbildung gehören zusammen. Ich möchte die Arbeitsplätze vor Ort erhalten. Bei der Neuansiedlung von Unternehmen, die wir in intensiver Zusammenarbeit zwischen Samtgemeinde und Gemeinden begleiten sollten, ist mir wichtig, darauf zu achten, dass auch Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.



Olaf Muus: Der Kandidat für das Amt des hauptamtlichen Samtgemeinde-Bürgermeisters in Hanstedt

Kiek mal in: Wie wollen Sie das Rathaus führen?

Olaf Muus: Ein Rathaus muss Bürgernähe ausstrahlen, deshalb möchte ich es noch bürgerfreundlicher aufstellen. Zum Beispiel durch eine zentrale Informations- und Servicenummer oder auch eine „Müll-Hotline“; auch über Öffnungszeiten kann man sich Gedanken machen. Diesen Weg kann ich aber nicht alleine gehen, die Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist mir daher ganz wichtig, denn sie sind das Kapital des Rathauses.

Kiek mal in: Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg!

Das Interview führte Manfred Lohr

Veranstaltungshinweise

- „Olaf Muus vor Ort“:
6.6. Schützenhaus Evendorf;
8.6. Dorfgemeinschaftshaus Marxen;
14.6. Dorfgemeinschaftshaus Asendorf;
23.6. „Brauner Hirsch“, Nindorf
- 20. August: Wanderung durch die „Weseler Heide“ unter fachlicher Führung von Hartmut Müller. Treff: 14. 00 Uhr auf dem Hof Cordes in Wesel. Nach zweistündiger Wanderung erwarten Sie Kaffee, Kuchen und Gegrilltes
- Treffen Sie die SPD an den drei letzten Samstagtagen vor der Kommunalwahl in Hanstedt

Unsere Kandidaten zu den verschiedenen Kommunalwahlen finden Sie bald auf unserer Homepage www.spd-hanstedt.de

Impressum

„Kiek mal in“
Herausgeber: SPD-Ortsverein Hanstedt,
Radenbachweg 3, 21274 Undeloh;
Homepage: www.spd-hanstedt.de;
Kontakt: manfred.lohr@spd-hanstedt.de
Redaktion: Dr. Manfred Lohr (verantw.), Jens Feldhusen, Melf-Carsten Hansen, Hella Hinsch
Layout: Seiten 1+4: Melf-Carsten Hansen;
Seiten 2+3: Tini Eckardt
Fotos: Autoren; Dr. Manfred Lohr.
Kopfzeile: 1, 3, 5: Hanstedt, 2: Sommerimpression,
6: Undeloh, 4 und 8: Egestorf, 7: Sudermühlen
9: Wesel
Auflage: 5.000 Exemplare
Druck: Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277
Dresden
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.
Ausgabe Juni 2011

An alle Haushaltungen mit der Tagespost